

INTERVIEW

"Serviceorientierte Sicherheitsprofis"

Dr. Ernst Strasser, seit 4. Februar 2000 Bundesminister für Inneres, über seine Pläne im Innenressort.

Herr Bundesminister, Sie gelten als konsequenter Manager und Politiker. Was wird sich im Innenressort ändern?

Strasser: Ich wurde am 4. Februar vom Bundespräsidenten als Bundesminister für Inneres angelobt und nahm diese Aufgabe voller Respekt und gerne an, ist doch gerade das Innenressort eine besonders verantwortungsvolle und herausfordernde Tätigkeit. Das Innenministerium ist das größte und sensibelste Dienstleistungsunternehmen zum Thema Sicherheit. Schwerpunkt der inneren Sicherheit in dieser Gesetzgebungsperiode ist der Kampf gegen die organisierte Kriminalität, das Schlepperwesen und den Drogenhandel. Diesen Herausforderungen gilt es hoch motiviert und bestens organisiert mit den geeigneten Mitteln entgegenzutreten.

In welchen Bereichen des Sicherheitsdienstleistungsunternehmens ist eine Optimierung notwendig?

Strasser: Tatsächlich ist das Innenressort ein einziger Dienstleistungsbetrieb. Von der Aufgabe als oberste Wahlbehörde bis hin zur Verkehrssicherheit zeichnet sich das Innenministerium verantwortlich. Aufgrund dieser vielen Berührungspunkte mit dem Bürger versteht es sich von selbst, dass die Rolle als Dienstleistungsministerium in allen Bereichen zu optimieren ist. Das ist ein ständiger Prozess, in dem man sich immer wieder die gleiche Frage stellen muss: Wie kann ich mein Service dem Bürger gegenüber verbessern? Als Bundesminister muss ich wiederum ständig daran arbeiten, die Arbeitsbedingungen unserer Sicherheitsprofis so zu verbessern, dass sie auch imstande sind, die hohen Erwartungen der Menschen zu erfüllen.

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist eine der größten Herausforderungen für die Sicherheitsexekutive. Welche zusätzlichen Maßnahmen zur OK-Bekämpfung schweben ihnen vor?

Strasser: Hier liegen schon relativ konkrete Pläne vor. Wir werden die Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowohl innerstaatlich, als auch durch Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit verstärken. So sollen die modernen Ermittlungsmethoden wie z.B. die Rasterfahndung nach Vorlage des Erfahrungsberichts dementsprechend in das Dauerrecht übernommen werden. Wir wollen auch die Informationspflicht der Finanz- an die Sicherheitsbehörden bei Verdacht der Verwirklichung von organisierter Kriminalität. Eine Änderung der Gerichtsorganisation wird ebenfalls notwendig sein. Eines nur zur Klarstellung: Ich lasse es nicht zu, dass meine Sicherheitskräfte, die für diese Republik den Kopf hinhalten müssen, wenn es hart auf hart geht, mit untauglichen Mitteln in den Kampf gegen die organisierte Kriminalität geschickt werden.

Religiös motivierter Terror, vor allem durch islamische Fundamentalisten, wird zu einer zunehmenden Bedrohung Europas. Die Schaffung der "erweiterten Gefahrenforschung" steht im Regierungsprogramm. Welche Maßnahmen zur Terrorbekämpfung sind noch geplant?

Strasser: Wir leben – auch aufgrund der ausgezeichneten Arbeit der Exekutive – in einem sicheren Land. Speziell bei der Terrorbekämpfung gehören unsere Einsatzkräfte zur absoluten Weltspitze. Selbstverständlich müssen wir unseren Blick auch über unsere Staatsgrenze hinaus richten und mögliche Konfliktpotenziale erkennen. Das ist die Aufgabe der erweiterten Gefahrenforschung. Eine bedeutende Rolle spielt in diesem Zusammenhang die innereuropäische und internationale Zusammenarbeit. Hier ist unsere Stoßrichtung klar definiert: effizienter Grenzschutz, aktive Mitarbeit bei Europol und Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit.

Wie rasch können die Reform des Kriminaldienstes und die Reform der Staatspolizei umgesetzt werden?

Strasser: Das wird seine Zeit brauchen. Ich bin ein Freund von gründlich durchdachten Entscheidungen unter Einbeziehung der Betroffenen. Es geht hier nicht um einen schnellen politischen Erfolg, sondern es geht um die Sicherheit der Bürger und der Beamten. Wir wollen sowohl der Kriminal- als auch der Staatspolizei die Mittel in die Hand geben, die sie zur Erfüllung ihres Auftrags brauchen. Es wird eine strukturell-organisatorische Reform werden, die die Schlagkraft unserer Sicherheitsprofis erhöhen wird.

Welche Einsparungen wird es im Innenressort geben?

Strasser: Aufgrund des vorhandenen Erbes wird es Einsparungen geben müssen, aber auf keinen Fall bei der Sicherheit. Es werden in Zukunft weder Gendarmerieposten geschlossen, noch Exekutivbeamte eingespart. Ich will durch Straffung von Verwaltung und Organisation Reformschritte setzen und so die notwendigen Einsparungen einbringen. Es gibt im gesamten Innenressort genügend Synergieeffekte, die es zu nutzen gilt.

Die Regierung bekennt sich zur Gewaltprävention. Stehen genügend Mittel zur Finanzierung der Gewaltschutzeinrichtungen zur Verfügung?

Strasser: Es haben genügend Mittel zur Verfügung zu stehen, schließlich ist die Verbrechensprävention im Regierungsprogramm festgeschrieben. Aufklärungsarbeit muss geleistet werden, denn diese führt zu einer indirekten Entlastung unserer Sicherheitskräfte und zu einer Sensibilisierung der Bevölkerung in Sicherheitsfragen. Als größter Dienstleistungsbetrieb Österreichs in Sachen Sicherheit ist es in unserem eigenen Interesse, Präventionsmaßnahmen zu setzen. Insofern sehe ich diese Kosten als Investition in die Zukunft. Sowohl was das Budget betrifft, als auch die Sicherheit der Bürger.

Was wird sich in der Asyl- und Fremdenpolitik ändern?

Strasser: Wir werden im Dreiklang arbeiten. Neben der Schaffung von europäischen Grundlagen zur Vermeidung des Asylmissbrauchs wird auch die Unterstützung der Bestrebungen der EU zur Erlangung der Bereiterklärung von Staaten, eigene Staatsbürger zurückzunehmen, eine zentrale Rolle einnehmen. Und drittens gibt es eine klare Bejahung der Genfer Flüchtlingskonvention in der geltenden Form.

Interview: Werner Sabitzer

Zur Person

Ernst Strasser, geboren am 29. April 1956 in Grieskirchen, Oberösterreich, wurde 1981 an der Universität Salzburg zum Doktor der Rechte promoviert. Ende der 70er Jahre war er Obmann der Österreichischen Studentenunion (ÖSU). Nach dem Gerichtsjahr war der Sohn eines Landwirteehepaars beim Bauernbund tätig. 1987 wurde er Sekretär des damaligen Landwirtschaftsministers und späteren Vizekanzlers Dr. Josef Riegler. Von 1990 bis 1992 war Strasser Manager eines Unternehmens in Amstetten. 1992 wurde er Landesgeschäftsführer der niederösterreichischen ÖVP, 1998 Klubobmann im Landtag. Ernst Strasser war Mitglied im ORF-Kuratorium. Er hat diese Funktion wegen Unvereinbarkeit mit dem Ministeramt zurückgelegt. Auch im sozialen Bereich ist der neue Innenminister aktiv – als Präsident des Hilfswerks, eine der größten privaten Hilfsorganisationen in Österreich. Dr. Ernst Strasser ist mit einer Psychotherapeutin verheiratet. Das Innenressort ist für ihn ein "Dienstleistungsbetrieb, der die Sicherheit Österreichs zu gewährleisten hat", er selbst sieht sich als "erster Diener dieses Hauses".